

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS

Verhandlungsschrift

über die am **MONTAG, den 15.12.1986** um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene **19. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.**

Anwesend: Bürgermeister Harald WEKERLE als Vorsitzender, Vizebürgermeister Gerhard REBHOLZ, die Gemeinderäte Ing. Werner NETZER, Dipl.Vw. Otmar TSCHANN und Ludwig KIEBER sowie die Gemeindevertreter, bzw. Ersatzleute Peter VONBANK, Hans NEYER, Dipl.Ing.Dr. Ernst PÜRER, Jakob GANAHL, Fritz NETZER, Trudi DÜNSER, Dipl.Ing. Manfred JÄGER, Max DOBLER und Waltraud PFEFFERKORN für die ÖVP; Mag.Dr. Siegfried MARENT, Franz NETZER, Werner BITSCHNAU, Rudolf LISCHKA jun. und Franz BORG für die SPÖ und Parteifreie; DDr. Heiner BERTLE, Mag. Siegfried NEYER, Dr. Edgar DÜNGLER und Siegfried GRASS für die FPÖ und Parteifreie Bürger; Schriftführer: Meldeamtsleiter Manfred WEIHS.

Entschuldigt abwesend: Gerhard WILLE, Dr. Hermann SANDER, Ing. Kurt PRAUTSCH, Ing. Rudolf HAUMER, Wilhelm GANTNER, und Franz FIEL.

Abwesend: Mag. Manfred HANISCH, Manfred KONZETT;

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des GG. zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mandatäre und Zuhörer und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte Tagesordnung:

1) Anträge der Fraktion SPÖ und Parteifreie vom 01.10.1986;

- a) Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung von Subventionsrichtlinien zur Belegung der Vereinsaktivitäten;
- b) Urgenz Straßenbelagserneuerung Unterdorfstraße.

2) Anträge der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger vom 20.10.1986;

- a) Bürgernahe Gemeindevertretungssitzungen: Vierteljährlich stattfindende Sitzungen mit Anfrage- und Diskussionsrecht aller Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Tagesordnung und zu anderen Anliegen, jeweils unter Tagesordnungspunkt 1.
- b) Verkehrsverband Montafon: Neubestellung des von der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger nominierten Delegierten.

- 3) **Gemeindekrankenhaus "St. Josefsheim"**, Voranschlag 1987, (Antrag des Gemeindevorstandes und Finanzausschusses).
- 4) **österr. Bergrettungsdienst, Ortsstelle Schruns-Tschagguns**, Vereinbarung nach dem Rettungsgesetz (Antrag des Gemeindevorstandes und Finanzausschusses).
- 5) **Jörga-Töbeli-Verbauung**, Aufstockung des Verbauungskredites, (Antrag des Gemeindevorstandes und Finanzausschusses).
- 6) **Kanalanschlußpflicht**, Aufhebung des Gemeindevertretungsbeschlusses vom 20.12.1972 über die Befreiung (Antrag des Gemeindevorstandes und Finanzausschusses).
- 7) **Löwenhotel-Hallenbad**, Neufestsetzung der Eintrittspreise (Antrag des Gemeindevorstandes und Finanzausschusses).
- 8) **Bargustobel-Verbauung**, Grundablöse mit den Eheleuten Elmar und Edith Willi;
- 9) **13-Punkte-Verkehrskonzept**, Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, Urgenz (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 10) **Beschädigung von Gemeindestraßen durch Schwertransporte**, auf dem Jakob Stemer-Weg - Hofweg - Gamplaschgerweg - Kropfenweg (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 11) **Kurzparkzone vor der Volksschule und dem Polytechnischen Lehrgang**, Aufhebung (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 12) **Bürgernahe Gemeindeverwaltung**: Festlegung der Termine der Sitzungen der Gemeindevertretung für 6 Monate im voraus (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 13) **Glas- und Papiercontainer**, zusätzliche Standorte (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 14) **Mechanische Straßenreinigung von Gemeindestraßen**; (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 15) **Postverkabelung im Gemeindegebiet Schruns**, (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);

in vertraulicher Beratung:

- 16) **Gemeindekrankenhaus "St. Josefsheim"**, Neubestellung des ärztlichen Leiters lt. Antrag der Belegärzte;
- 17) **Berichte des Bürgermeisters und "Allfälliges"**.

zu 1)

- a) GV Mag. Dr. Siegfried MARENT trägt in Vertretung des erkrankten GR Gerhard Wille den Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie vor und bemerkt, daß es keinerlei Richtlinien für die Gewährung von Subventionen für Vereine gibt. Es ist daher nicht durchschaubar auf Grund welcher Maßstäbe zugeteilt wird. Es sollen daher - entweder durch den Finanzausschuß oder einen neu zu bildenden Ausschuß - Richtlinien für die Vergabe von Subventionen an die Vereine erstellt werden. Ziel soll eine Objektivierung der Vergabe und nicht die Schlechterstellung sein.

In seiner Erwiderung weist der Bürgermeister darauf hin, daß bei der Gewährung von Förderungsbeiträgen an Vereine nicht willkürlich vorgegangen wird, da zuvor eine Beratung darüber in den entsprechenden Unterausschüssen stattfindet. Er ist nicht gegen die Erstellung von Richtlinien, weshalb er die Fraktion SPÖ und Parteifreie einlädt, solche Subventionsverga-berichtlinien für Vereine zur Stellungnahme zu erarbeiten.

GR Peter VONBANK versteht den Passus "Belebung der Vereinsaktivitäten" in der Tagesordnung nicht, wo doch bei der Gewährung der Förderungsbeiträge die Aktivitäten und berechtigten Wünsche weitgehendst berücksichtigt wurden. Er habe nichts dagegen, daß man sich über die Einführung einer solchen Maßnahme berät, aber grundsätzlich sollte sich der jeweils sachlich zuständige Ausschuß mit dem Problem befassen.

GR Ing. Werner NETZER begrüßt die Anregung der Fraktion SPÖ und Parteifreie und ist der Ansicht, daß diese sich nicht nur auf finanzielle Angelegenheiten beziehen sollte.

Abschließend wird einstimmig über Antrag des Bürgermeisters beschlossen, es solle - vorerst ohne Bildung einer eigenen Arbeitsgruppe - die Fraktion SPÖ und Parteifreie konkrete Unterlagen für die Erstellung von Subventionsrichtlinien für Vereine, zur Stellungnahme erarbeiten.

- b) GR Mag. Dr. Siegfried MARENT berichtet aus seiner Sicht über den Stand der Asphaltierungsarbeiten in der Unterdorfstraße. Wie ihm bei den einschlägigen Postdienststellen gesagt wurde, muß die Gemeinde vorstellig werden und die Durchführung der Arbeiten beantragen. Seitens der Fraktion SPÖ und Parteifreie habe man bereits im Frühjahr 1986 darauf hingewiesen, daß der Straßenbelag in der Unterdorfstraße schlecht ist und eine Erneuerung dringend notwendig ist. Dies ist bis heute nicht gemacht worden.

Der Bürgermeister entgegnet, daß die Kosten für die Asphaltierung im Voranschlag 1987 wiederum vorgesehen sind. Bevor jedoch die Asphaltierung in Angriff genommen werden kann, sind von der Post- und Telegrafverwaltung Spleißarbeiten durchzuführen, welche zwar bis Herbst 1986 zugesagt, aber trotz Urgenz bis jetzt noch nicht gemacht wurden. Die Bürger würden es nicht

verstehen, wenn man jetzt die Unterdorfstraße asphaltieren und im kommenden Frühjahr zur Durchführung der Spleißarbeiten wieder aufreißen würde. Er ist also in dieser Sache nicht untätig gewesen, jedoch leider ohne Erfolg.

zu 2)

- a) GV DDr. Heiner BERTLE betont, daß bürgernahe Gemeindevertretungssitzungen mit der probeweisen Einführung des Anfrage- und Diskussionsrechtes aller Mitbürger zu den auf der Tagesordnung stehenden Punkten und darüber hinaus auch zu anderen Gemeindeproblemen ein vieljähriges Anliegen der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger sind. Das funktioniert bereits seit einiger Zeit in Tschagguns und auch in Götzis wurde ein ähnliches Modell eingeführt. Den in Schruns abgehaltenen "Stammtischen" war kein Erfolg beschieden.

Der Bürgermeister wendet ein, daß dies während der Sitzung gesetzlich nicht möglich ist und daher nur vor der Sitzung erfolgen könnte.

GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN kann sich eine gangbare Lösung in Verbindung mit dem unter Tagesordnungspunkt 12 von der Fraktion SPÖ und Parteilfreie eingebrachten Antrag auf Festlegung der Termine der Gemeindevertretung für 6 Monate im voraus in folgender Weise vorstellen:

Die Gemeindevertretungssitzungen werden an jedem zweiten Mittwoch im Monat, mit Ausnahme der Monate Juli und August abgehalten, wobei die Sitzungen in den Monaten März, Juni, September und Dezember bereits um 19.00 Uhr beginnen und vor Eingang in die Tagesordnung die Bürger bis 20.15 Uhr die Möglichkeit haben, Anträge und Fragen an die Gemeindevertretung zu stellen.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT stimmt dem Antrag der FPÖ zu und hält eine vereinte Behandlung mit dem Antrag seiner Fraktion (Tagesordnungspunkt 12) für sinnvoll. Es habe eine solche Vorgangsweise in anderen Gemeinde zwar anfänglich gut angelassen, doch ist das Interesse daran später wieder verflacht. Zum Vorschlag des GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN meint er, daß ein dreimonatiger Abstand zwischen den Gemeindevertretungssitzungen mit Anfragemöglichkeit ausreichend ist.

GV DDr. Heiner BERTLE mit dem Vorschlag von GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN zwar grundsätzlich einverstanden, hegt aber gegen die monatliche Terminisierung wegen der vielen Unterausschußsitzungen Bedenken.

GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN ist der Ansicht, daß eine Anfragemöglichkeit nur bei fixen Terminen sinnvoll ist. Auch GV Dipl.Ing. Dr. Ernst PÜRER hält die Einführung eines "jour fixe" für vorteilhaft.

GR Ing. Werner NETZER spricht sich dafür aus, die von GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN vorgeschlagene Regelung vorerst ver-

suchsweise für ein Jahr einzuführen und danach über deren Beibehaltung zu entscheiden.

Kein Problem sieht der Bürgermeister darin, dem Wunsch von GV Mag. Dr. Siegfried MARENT, nach Änderung der Sitzordnung während der Publikumsanfragen bzw. -diskussion, zu entsprechen.

Abschließend wird über Antrag von GR Dipl. Vw. Otmar TSCHANN, in Anlehnung an die Tagesordnungspunkte 2a und 12, einstimmig beschlossen, für das Jahr 1987 folgende Sitzungstermine für die Gemeindevertretung festzulegen: jeden zweiten Mittwoch im Monat, mit Ausnahme der Monate Juli und August, wobei die Sitzungen in den Monaten März, Juni, September und Dezember bereits um 19.00 Uhr beginnen und die Bürger vor Eingang in die Tagesordnung bis 20.15 Uhr die Möglichkeit haben, Anträge und Fragen an die Gemeindevertretung zu stellen.

- b) GV DDr. Heiner BERTLE stellt seitens der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger den Antrag, anstelle von Margret Netzer, Siegfried Grass als Vertreter der Marktgemeinde Schruns in den Verkehrsverband Montafon zu nominieren. Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

zu 3)

Der Voranschlagsentwurf, welcher im Gemeindevorstand, Krankenhaus- und Finanzausschuß eingehend beraten wurde, liegt allen Anwesenden vor. Auf Grund der ausführlichen Beratung in den Unterausschüssen verzichtet der Vorsitzende auf eine detaillierte Verlesung des Voranschlages. Er weist in seinen Erläuterungen unter anderem darauf hin, daß die Generalsanierung des Hauses planmäßig fortgesetzt und der Pflegebereich personell gut ausgestattet ist. Der ausgewiesene Abgang wird vom Land Vorarlberg, den Spitalbeschickenden Gemeinden und der Marktgemeinde Schruns als Rechtsträger abgedeckt.

GR Ing. Werner NETZER fragt an, warum ein detaillierter Voranschlag für das Krankenhaus vorgelegt wurde, wo in diesem Bereich rund 20 % des Gesamtaufwandes der Gemeinde getätigt werden. Der Bürgermeister antwortet, daß der Krankenhausvoranschlag nach dem Spitalbeitragsgesetz bis 15. November vorliegen muß und daher vorzuziehen ist. Im übrigen fehlen bis zu diesem Termin noch wesentliche Unterlagen des Landes für den Gesamtvoranschlag.

Abschließend wird der Voranschlag für das Gemeindekrankenhaus "St. Josefsheim" für das Jahr 1987, welcher

Ausgaben von S 15.290.000,-
Einnahmen von S 9.865.000,-
und einen Abgang von S 5.425.000,-

vorsieht, über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses, einstimmig beschlossen.

zu 4)

Der Bürgermeister berichtet über die Absicht, mit dem österreichischen Bergrettungsdienst, Ortsstelle Schruns-Tschagguns eine Vereinbarung betreffend die Übertragung von Angelegenheiten des Bergrettungswesens abzuschließen, wie dies landesweit angestrebt wird. Das Problem wurde bereits in einer gemeinsamen Aussprache mit den BRD und den Gemeinden Schruns, Tschagguns, Bartholomäberg und Silbertal besprochen sowie in einer gemeinsamen Sitzung des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses eingehend diskutiert.

Die der Gemeinde Schruns aus dieser Vereinbarungen erwachsenden Kosten, so berichtet der Vorsitzende, belaufen sich jährlich auf ca S 18.700,-. In den vergangenen Jahren wurden an den BRD jeweils Förderungsbeiträge in Höhe von S 12.000,- überwiesen. Der vom BRD darüber hinaus benötigte Betrag wird von ihm selbst, im Rahmen einer Spendenaktion, aufgebracht. Weitere Beiträge an die BRD-Landesleitung werden nicht geleistet. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des BRD, bei welchem es sich um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts handelt und welcher über 25 bis 30 ausgebildete Mitglieder verfügt, die in Katastrophenfällen und bei Alpineinsätzen aufgeboten werden können. Anderenfalls müßte dies die Gemeinde aus eigenem bewerkstelligen. So wurden vom BRD, Ortsstelle Schruns-Tschagguns im vergangenen Jahr von insgesamt 70 Einsätzen 17 im Ortsgebiet Schruns durchgeführt.

über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird einstimmig beschlossen, der vorliegenden Vereinbarung mit dem österreichischen Bergrettungsdienst, Ortsstelle Schruns-Tschagguns, betreffend die Übertragung von Angelegenheiten des Bergrettungswesens unter der Auflage zuzustimmen, daß bei allen übrigen Gemeinden gleichlautende Beschlüsse zustandekommen. Der Bergrettung wird ein jährlicher Betrag von S 5,- pro Einwohner der von der Ortsstelle betreuten Gemeinde (entsprechend der letzten Volkszählung) für die laufenden Aufwendungen, insbesondere die Instandhaltung von Mannschaftsausrüstung sowie die Erhaltung des Gerätestandes, zur Verfügung gestellt.

zu 5)

Der Bürgermeister berichtet, daß sich bei der Verbauung des "Jörga-Töbeli" infolge wesentlich schwierigerer geologischer Verhältnisse als ursprünglich angenommen, Kostenüberschreitungen in Höhe von rund S 200.000,- ergeben haben. Der Vorsitzende weist auf die baugeologische Stellungnahme von DDr. Heiner Bertle hin, wonach bei einem größeren Ereignis das Objekt Mugg Robert gefährdet gewesen wäre. Ursprünglich erklärte Mugg, sich mit 5 %, das sind S 20.000,-, an den Kosten für die Verbauung zu beteiligen. Er ist nun bereit, die finanzielle Aufstockung anteilmäßig mitzutragen. Im Bereich des Gemeindebauhofes wurden erste Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird die Aufstockung des Verbauungskredites für das "Jörga-Töbeli" um S 200.000,- und die Übernahme des Interessentenanteiles einstimmig beschlossen.

zu 6)

GR Ludwig KIEBER und EM Dr. Edgar DÜNGLER verlassen wegen Befangenheit den Sitzungsraum.

Der Vorsitzende erklärt die Situation, wonach mit Gemeindevertretungsbeschuß vom 20.12.1972 der Berufung des Emil Pfeifer einstimmig stattgegeben und sein damals landwirtschaftliches Wohnhaus, Schruns HNr. 171, von der Kanalanschlußpflicht befreit wurde. Dieses Problem wurde auch in der Sitzung des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses eingehend erörtert und einstimmig an die Gemeindevertretung der Antrag gestellt, den gegenständlichen Beschuß - wegen Wegfalls der seinerzeitigen Befreiungsgründe und dem zwischenzeitlich erfolgten Bau der ARA Montafon - aufzuheben.

GV DDr. Heiner BERTLE fragt an, ob rechtlich abgeklärt wurde, daß hier kein privates Recht erwachsen ist. Der Bürgermeister entgegnet, daß die Rechtsabteilung des Landes mit dieser Angelegenheit nicht befaßt wurde. Da es sich hier um veränderte Tatsachen handelt, ist er der Ansicht, daß die Gemeindevertretung als ersten Schritt diesen Beschuß aufzuheben hat. Anschließend wäre zum Anschluß an die Kanalisation aufzufordern, wie dies das Kanalgesetz vorsieht.

Es wird daher einstimmig beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt zwecks rechtlicher Abklärung zu vertagen.

zu 7)

Der Bürgermeister teilt mit, daß das Löwenhotel einen Antrag auf teilweise Erhöhung der nunmehr seit zwei Jahren unverändert gebliebenen Eintrittspreise in das Hallenbad gestellt und dies mit den gestiegenen Personal- und Betriebskosten begründet hat. Das Protokoll über die Beratung des gegenständlichen Tagesordnungspunktes in der Sitzung des Gemeindevorstandes und Finanzausschusses wird verlesen. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die für interessierte aufgelegte Dauereintrittskarte in das Hallenbad keine Veränderung erfährt und Kinder unter 6 Jahren sowie Schulkinder im Zuge des Unterrichtes das Hallenbad gratis benutzen können.

In Debatte spricht sich GV Werner BITSCHNAU gegen die geplante Erhöhung der Eintrittspreise aus, weil letztlich immer der Einheimische zur Kasse gebeten wird. Der Bürgermeister weist auf die günstigen Tarife für Kinder und Einheimische hin und gibt zu bedenken, daß die Anforderungen und Kosten wachsen, während die Einnahmen stagnieren.

GV Rudolf LISCHKA stellt den Antrag auf Herabsetzung der Eintrittspreise im Hallenbad um 50 %, befristet auf ein Jahr. Der Bürgermeister hält diesen Vorschlag für nicht machbar, weil der Abgang sonst noch höher und nicht finanzierbar wäre.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT ist der Ansicht, daß durch eine Verbilligung des Hallenbadeintrittes mehr Publikum kommt und unter dem Strich mehr bleibt. Da diese Maßnahme auch im Sinne der Volks-

gesundheit, sollte sie, zumindest probeweise, eingeführt werden. Auf die Frage, was dies die Gemeinde kostet, antwortet der Bürgermeister, daß daraus Mehrkosten von ca. 1 Mio Schilling resultieren. Außerdem könne die Frequenz bei vollem Bad nicht verdoppelt werden und bei schönem Wetter geht im Sommer niemand ins Hallenbad. Auf die Frage, ob die Sauna-Jahreskarte ebenfalls erhöht werden wird, antwortet der Vorsitzende, daß wahrscheinlich wie bei der Hallenbad-Jahreskarte vorgegangen werden wird.

EM Trudi DÜNSER ist auch gegen eine Erhöhung, da es sich hier um das einzige öffentliche Hallenbad im weiten Umkreis handelt.

GR Ludwig KIEBER tritt dafür ein, daß man das Geld bei jenen holen soll, die die Sachen benützen und nicht von denen, die sie nicht in Anspruch nehmen.

GR Ing. Werner NETZER urgiert seine vor Jahresfrist gestellte Frage, ob das Hallenbad in der Zwischensaison offen gehalten werden kann, da es seiner Ansicht nach eine relativ billige Turnhalle abgeben könnte. Der Bürgermeister antwortet, daß dies mit Frau Dir. Ritter eingehend beraten wurde und die dafür auflaufenden Betriebs- und Personalkosten einige Hunderttausend Schilling ausmachen würden. Außerdem werden in dieser Zeit die Urlaube abgewickelt und allfällige Revisionen durchgeführt. GR Ing. Werner NETZER ersucht um eine schriftliche Kostenaufstellung.

Abschließend wird stimmenmehrheitlich (Gegenstimmen: EM Trudi DÜNSER; GV Mag. Siegfried NEYER, GV Mag. Dr. Siegfried MARENT, GV Werner BITSCHNAU, GV Franz NETZER und GV Rudolf LISCHKA) beschlossen, nachstehende Einzeltarife für den Eintritt ins Löwenhotel-Hallenbad wie folgt anzuheben:

Erwachsene	von S 48,-	auf S 55,-
Einheimische	von S 40,-	auf S 45,-
Kinder	von S 25,-	auf S 28,-
Sauna mit Tuch	von S 95,-	auf S 100,- und
Sauna 12er-Block	von S 950,-	auf S 1.000,-

zu 8)

EM Trudi DÜNSER entfernt sich wegen Befangenheit vom Sitzungstisch und beteiligt sich auch nicht an der Diskussion und Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

Der Bürgermeister erläutert an Hand von Plänen die Situation und weist darauf hin, daß für die Verbauung des Bargustobels die Ablösung der gesamten planlich dargestellten Fläche im Ausmaß von 8000 m² zu einem Pauschalpreis von S 350.000,- mit den Eheleuten Elmar und Edith Willi vereinbart wurde. Dieser Zukauf arrondiert den Grundbesitz "Zagrabs" und ermöglicht die Errichtung einer landwirtschaftlichen Zufahrt.

Es wird einstimmig beschlossen, diesen Grundankauf zu den vereinbarten Bedingungen zu genehmigen.

zu 9)

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT stellt den Beratungsablauf des 13-Punkte-Verkehrskonzeptes dar und bemängelt neuerlich die schleppende Behandlung im Raumordnungsausschuß. Der für Freitag Nachmittag 14.00 Uhr anberaumte Lokalaugenschein konnte von seiner Fraktion nicht wahrgenommen werden, da dies während der Dienstzeit erfolgte. Seine Fraktion wird daher allfällige Vorschläge schriftlich einbringen. Im Raumordnungsausschuß werde deshalb Stimmhaltung geübt, weil die Möglichkeit besteht, daß man fraktionsintern zu einer anderen Entscheidung gelangt.

Der Obmann des Raumordnungsausschusses GV Peter VONBANK bedauert, daß der Eindruck entstanden ist, man wolle die SPÖ ausschließen. Es war - aus verschiedenen Gründen - kein früherer Termin zur Behandlung dieser Angelegenheit möglich. Seit 15 Jahren wurden die Freitagnachmittagstermine einvernehmlich festgelegt, weil öfters auch Experten aus anderen Ämtern beigezogen werden müssen. Einladung zu Freitagnachmittag-Lokalaugenscheinen sind keine Schrunser Spezialität, sondern auch in sozialistisch regierten Gemeinden üblich. Im übrigen werden Nachmittagstermine nur dann festgesetzt, wenn dazu die Notwendigkeit besteht.

Er gibt anschließend einen Überblick über das 13-Punkte-Verkehrskonzept aus seiner Sicht und stellt fest, daß das Chaos doppelt so groß wäre, wenn die von der SPÖ und den Parteifreien beantragten Punkte, z.B. Verkehrsteiler in der Bahnhofstraße, etc., durchgeführt worden wären.

Der Bürgermeister weist darauf hin, daß die Urgenz des 13-Punkte-Verkehrskonzeptes auf der Tagesordnung steht. Diese geht jedoch ins Leere, weil sich der Raumordnungsausschuß, trotz Abwesenheit der Fraktion SPÖ und Parteifreie, mit dieser Angelegenheit befaßt hat. Eine weitere Behandlung dieses Problems wird in der auf die Budgetberatung folgende Gemeindevertretungssitzung erfolgen.

zu 10)

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT berichtet über seine Beobachtungen betreffend die Beschädigung von Gemeindestraßen durch Schwertransporte. Es handelt sich hier in erster Linie um Zubringerfahrten für die Lawinenverbauung und die Hochjochbahnbauten, welche über Jakob Stemer-Weg - Hofweg - Gamplaschgerweg - Kropfenweg durchgeführt werden. Diese Straßen wurden ursprünglich als Güterwege von der Gemeinde übernommen und sind für den Schwerverkehr in keiner Weise geeignet. Es müsse daher entweder eine Gewichtsbeschränkung erlassen werden, oder der Verursacher hat für die Behebung der Schäden aufzukommen.

EM Trudi DÜNSER weist in diesem Zusammenhang auf den teilweise schlechten Zustand des Bargasweges hin, welcher durch Bauarbeiten unter Einsatz von Radladern, Schubraupen und Tiefladern entstanden ist.

Der Bürgermeister entgegnet, daß, sollten nachweislich Schäden verursacht worden sein, diese dem Verursacher in Rechnung gestellt

werden. Grundsätzlich jedoch trifft die Straßenerhaltungspflicht die Gemeinde. Der Bargusweg wird nach Fertigstellung der Bargustobel-Verbauung saniert. Der Hofweg und der Gamplaschgerweg wurden durch die Hochjochbahn und die Wildbach- und Lawinenverbauung strapaziert. Die aufgetretenen Senkungen sind jedoch nicht ausschließlich auf diese Transporte zurückzuführen, sondern auch auf geologische und örtliche Geländebedingungen und Einbauten.

GV Mag. Dr. Siegfried MARENT fordert den Bürgermeister auf, bis zur nächsten Gemeindevertretungssitzung zu berichten, was in dieser Sache seitens der Gemeinde unternommen wurde.

zu 11)

In Vertretung von GR Gerhard WILLE stellt GV Mag. Dr. Siegfried MARENT den Antrag auf Aufhebung der Kurzparkzone vor der Volksschule Schruns-Dorf und dem Polytechnischen Lehrgang und verweist auf ein Schreiben der Lehrer dieser beiden Schulen, welches auch den Gemeindevertretern zugegangen ist.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß in den letzten zwanzig Jahren der Verkehr auf dem Jakob Stemer-Weg stark angewachsen und nun zur Belastung geworden ist. Die wirkliche Lösung des Problems könne nur in einer Verlegung des Parkplatzes, bzw. des Verkehrs gefunden werden. Er berichtet weiter, daß auf Grund einer Anzeige eine Besichtigung der Schullehrküche und des Werkraumes für Knaben im Kellergeschoß der Volksschule Schruns-Dorf stattgefunden hat und diese Räumlichkeiten daraufhin abgesprochen wurden, da sie nicht der Schulbauverordnung entsprechen.

Vizebürgermeister Gerhard REBHOLZ schlägt einen Kompromiß vor, der seiner Ansicht nach beide Teile zufriedenstellen könnte. So sollte während der Schulzeit die Kurzparkregelung ausgesetzt werden und die entsprechenden Tafeln verdeckt werden. In den Weihnachts-Energie- und Osterferien sollte die Kurzparkzone beibehalten werden. Dabei könnte man die unterschiedlichen Auswirkungen beobachten und sodann über die Kurzparkregelung entscheiden.

GV DDr. Heiner BERTLE kann sich eine solche Lösung nicht vorstellen. Fest steht, daß ein Parkplatz in diesem Bereich nicht wünschenswert ist. Er spricht sich für den Einsatz des Umweltschutzwagens der Landesregierung zur Schadstoffmessung in diesem Bereich aus.

GV Peter VONBANK gibt zu bedenken, daß bei der Einführung der Kurzparkzone eine Verbesserung für die Volksschule Schruns-Dorf erreicht werden wollte. Durch die Sperre der hinteren Parkplatzausfahrt müßte sich für die Schule eine Verbesserung ergeben, da man nicht mehr direkt vor der Schule vorbeifährt. Gewiß wäre es noch besser, den Verkehr Richtung Gamplasch und Brif ganz wegzubringen. Es müssen daher die entsprechenden Untersuchungen eingeleitet werden, ob dies in Richtung Silbertal technisch möglich ist. Gewiß ist eine solche Lösung nicht von heute auf morgen möglich.

GV Dipl.Ing.Dr. Ernst PÜRER ist für eine Einbindung der großen Ferien in den Versuchszeitraum sowie gegen den "Kreisverkehr", bei welchem vor der Schule beschleunigt wird.

GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN spricht sich für den Vorschlag des Vizebürgermeisters und eine Verlängerung der Kurzparkregelung über die Sommerferien aus.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT findet den Vorschlag des Vizebürgermeisters nicht schlecht, ist jedoch der Ansicht, daß dieser zur Verwirrung führen kann. Außerdem befürwortet er die Einführung einer Geschwindigkeitsbeschränkung und die Errichtung einer Grünzone entlang der Volksschule.

GV Mag. Siegfried NEYER schlägt vor, die Fenster der Volksschule entlang des Jakob Stemer-Weges zu sanieren, um eine bessere Lärmdämmung zu erreichen.

GV Waltraud PFEFFERKORN, welche als Anrainerin am Parkplatz wohnt, berichtet, daß der überwiegende Teil der Lärmbelästigung von Durchzugsverkehr herrührt. Sie spricht sich für eine Geschwindigkeitsbeschränkung in diesem Bereich aus.

GV Franz NETZER ist gegen die Kurzparkzone, da dies ein Experiment auf Kosten der Kinder ist und zu nichts führt.

Der als Zuhörer anwesende Volksschuldirektor Franz Rüdiger erklärt auf Befragen als Auskunftsperson, daß seiner Ansicht nach die Kurzparkregelung so schnell als möglich abgeschafft werden soll, da sich schon aus der Logik ergibt, daß bei dieser Regelung ein ungleich größeres Verkehrsaufkommen gegeben ist. Laut Auskunft des Amtsarztes der BH. Bludenz, DDR. Horsten, seien gesundheitliche Schäden für die Schüler nicht ausgeschlossen.

Abschließend wird einstimmig beschlossen, dem Antrag des Bürgermeisters zuzustimmen, die Kurzparkregelung auf dem Parkplatz "Sternenbündte" mit 15. Februar 1987 aufzuheben. Ob diese Regelung im Sommer wieder eingeführt wird, soll später diskutiert werden. Bis dahin kann vor der Schule noch geparkt werden, dann Parkverbot. Gleichzeitig sollen ergänzende Untersuchungen zur Verkehrsverlegung durchgeführt, der Umweltschutzwagen der Landesregierung zwecks Messung der Lärm- und Abgaswerte in diesem Bereich eingesetzt sowie eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem Jakob Stemer-Weg auf 30 km/h vom Sport-Silvretta-Center bis zum Beginn der Steigung erlassen werden.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT stellt wegen der vorgerückten Stunde den Antrag, die übrigen Tagesordnungspunkte zu vertagen. Diesem Antrag wird stimmenmehrheitlich (Gegenstimme: Bürgermeister Harald WEKERLE) zugestimmt.

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 18. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

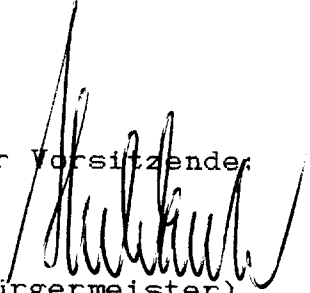
Ende der Sitzung : 00.45 Uhr

Schruns, 13. Jänner 1987

Der Schriftführer:


(Meldeamtsleiter)

Der Vorsitzende:


(Bürgermeister)